

XX. Beirat beim Ortsamt Burglesum
Niederschrift über die 33. Beiratssitzung am 28.06.2022
Beginn 19:00 Uhr – Ende 20:00 Uhr

Anwesend waren die Beiratsmitglieder
M. Wolter, N. Heide, W. Müller, M. Pacaci –
M. Hornhues, H. Lürßen, M. Freihorst--
B. Punkenburg, U. Schnaubelt–
P. Heereman –
R. Tegtmeyer –
H. Rühl –

Vorsitzender Herr Boehlke vom Ortsamt Burglesum
Protokoll Herr Regineri vom Ortsamt Burglesum

Gäste: -----

*

Herr Boehlke eröffnet die 33. Sitzung des 20. Beirates Burglesum und begrüßt alle Teilnehmer*innen.

Herr Boehlke weist auf die Aufzeichnung der Sitzung zur Erstellung des Protokolls hin.

Genehmigung der Tagesordnung:

Die vorgeschlagene Tagesordnung wurde mit der Einladung des Orsamtes am 17.06.2022 verschickt. Folgende Änderungen werden vorgeschlagen:

Absetzung des TOP 3: „Hochwasserschutz in Burglesum“

Herr Boehlke teilt mit, dass eine heutige Teilnahme von Vertretern der Umweltbehörde krankheits- und urlaubsbedingt nicht möglich ist. Das ist äußerst bedauerlich, zumal der Termin bereits seit Anfang April abgestimmt war und die Fraktionen ihre Fragen vorab gestellt haben. Es liegt nun zwar eine schriftliche Beantwortung der Fragen vor, allerdings dienen öffentliche Beiratssitzungen ja primär dazu, eben keine schriftlichen Stellungnahmen vorzutragen, sondern mit Behördenvertretern aktiv in einen Dialog einzutreten. Aufgrund der Terminabstimmung Anfang April, lässt er auch nicht die Kritik zu, dass von Seiten des Orsamtes die Einladung zu spät erfolgt ist, vielmehr erwartet er die Einhaltung von getroffenen Absprachen. Die Vertretung von der Senatorin Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau hat zugesagt, die Teilnahme an einer Beiratssitzung unmittelbar nach der Sommerpause nachzuholen.

Herr Boehlke schlägt hierfür die nächste Beiratssitzung am 30.08.2022 vor.

Neuer Tagesordnungspunkt: „Erneuerung der Brücke über den Grambker See“

Die geänderte Tagesordnung wird einstimmig genehmigt. Das Thema von TOP 3 wird durch den neuen Tagesordnungspunkt „Erneuerung der Brücke über den Grambker See“ ersetzt.

TOP 1: Wünsche und Anregungen der Bürgerinnen und Bürger

Keine Wortmeldungen

TOP 2: Beschlussfassung über die Einsetzung des Kinder- und Jugendbeirates Burglesum nach § 9 Absatz 4 der Wahlordnung des Kinder- und Jugendbeirates Burglesum

Herr Boehlke erläutert vorab, dass der Kinder- und Jugendbeirat in diesem Jahr durch eine Online-Wahl von den Jugendlichen im Stadtteil gewählt werden sollte.

Es gab hierzu Informationsveranstaltungen in den Schulen, ein Info-Video wurde erstellt und erstmalig konnten Informationen auch digital über die Plattform „it's learning“ gestreut werden. Zum Schluss haben sich 10 Jugendliche für den Kinder- und Jugendbeirat beworben. Somit greift die Regelung in der Wahlordnung des Kinder- und Jugendbeirates Burglesum: „An die Stelle der Wahl tritt ein Beschluss des Beirates, wenn nicht mehr als 11 Wahlvorschläge eingegangen sind.“

Einige Jugendliche sind heute anwesend, eine Gesamtübersicht der Jugendlichen findet der Beirat als Tischvorlage.

Die neuen Mitglieder des Kinder- und Jugendbeirates stellen sich kurz vor.

Herr Hornhues begrüßt die Teilnehmer und bedankt sich bei den Jugendlichen, auch weil es nicht selbstverständlich ist, sich für so ein Ehrenamt zur Verfügung zu stellen. Selbstverständlich steht der Beirat dem Jugendbeirat stets bei Fragen zur Seite.

Beschluss: (einstimmig)

*Der Beirat Burglesum beruft die zehn Kandidat*innen für den 6. Kinder- und Jugendbeirat Burglesum.*

TOP 3: Gemeinsamer Antrag zur Erneuerung der Brücke über den Grambker See

Herr Boehlke erklärt, dass der Ausschuss für Verkehr, Wirtschaft und Tourismus sich am 17.02.22 mit der Thematik bereits befasst hat. Der Ausschuss begrüßte die Entscheidung, dass die Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau (SKUMS) sich dafür einsetzt, dass auch in Zukunft eine Brücke über den Grambker See führen wird. Der Ausschuss erwartet, dass die Mittel, entsprechend Ihrer Aussage, zur Verfügung gestellt werden.

Herr Boehlke weist auf den aktuellen Sachstand hin, wonach eine Machbarkeitsstudie erforderlich ist. In der Studie werden Variantenprüfungen vorgestellt. Es wird geprüft ob z.B.

eine Pontonbrücke eine Möglichkeit wäre. Auch die Wirtschaftlichkeit muss geprüft werden. Die Machbarkeitsstudie wird lt. Amt für Straßen und Verkehr (ASV) von einem Ingenieurbüro durchgeführt, zu der eine Ausschreibung stattfinden muss. Das ASV muss die Rahmenbedingungen setzen, die in der Machbarkeitsstudie untersucht werden sollen. Momentan gibt es ein Personalmangelproblem und Brücken, die eine höhere Priorität haben und das Personal in Anspruch nehmen. Der neue Leiter beim ASV wurde auf die Dringlichkeit aufmerksam gemacht, leider konnte er trotzdem keinen Zeitpunkt nennen an dem die Ausschreibung erfolgt.

Der Beirat erwartet von SKUMS u. ASV, dass die Maßnahmen unverzüglich eingeleitet werden und bekräftigt das mit einem Beschlussansprechen.

Herr Boehlke ergänzt, dass Ideen zu alternative Baumöglichkeiten immer willkommen sind.

Herr Heereman möchte wissen, wie in welchem Zeitrahmen die Maßnahmen erfolgen.

Herr Tegtmeyer fragt, was eine Machbarkeitsstudie kostet und erwähnt, dass dafür evtl. schon eine Brücke angeschafft oder repariert werden könnte.

Herr Boehlke antwortet, dass die Finanzierung der Machbarkeitsstudie nicht das Problem ist, diese aber erforderlich ist Die Brücke ist laut Gutachter nicht mehr verkehrstüchtig und er geht dabei von der Ernsthaftigkeit der Gutachten und der Glaubwürdigkeit der Gutachter aus.

Herr Tegtmeyer möchte bei einem neuen Ortstermin für ein Gutachten dabei sein.

Herr Boehlke: versichert dass bei einem Ortstermin Vertreter*innen des Beirates teilnehmen können.

Herr Rühl fragt sich, weshalb eine Machbarkeitsstudie ausgeschrieben werden muss.

Beschluss: (einstimmig)

Der Beirat Burglesum bekräftigt nochmals den Beschluss des Ausschusses für Verkehr, Wirtschaft und Tourismus vom 17.02.2022 und bekräftigt die Notwendigkeit dieser Brücke als bedeutende Wegeverbindung im Ortsteil. Er erwartet daher von der Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau respektive dem Amt für Straßen und Verkehr, dass die erforderlichen Maßnahmen für einen Ersatzneubau unverzüglich eingeleitet werden. Dieses beinhaltet vor allem die Ausschreibung der erforderlichen Machbarkeitsstudie, deren Beauftragung und Durchführung sowie Mitteilung in welchem Zeitrahmen die Maßnahme umgesetzt wird.

Der Beirat steht nach wie vor auch alternativen Bauweisen, wie zum Beispiel einer Pontonbrücke, offen gegenüber, sofern dadurch der Ersatzneubau zügiger realisiert werden kann.

TOP 4: Keine Gebührenerhöhung der Parkgebühren in Bremen-Nord
(Antrag der FDP)

Herr Heereman begründet den Antrag:

Die Senatorin Frau Dr. Schaefer begründet die Erhöhung der Parkgebühren mit einer beabsichtigten Attraktivitätssteigerung des ÖPNV.

Gerade im Bremer Norden sind die Defizite im ÖPNV aber noch so gravierend, dass die Bevölkerung teilweise auf das Auto zur Erledigung von Einkäufen, Terminen oder Arztbesuchen angewiesen ist.

Dazu kommt, dass gerade Autofahrer durch die massiven Spritpreis-Anstiege von teilweise über 100% im Zeitraum von zwei Jahren bereits massiv belastet sind und die beabsichtigte Lenkungswirkung, da wo sie Wirkung entfalten konnte, bereits eingetreten ist. Wer umsteigen konnte, hat das aufgrund der Spritpreise längst getan.

Wer jetzt noch das Auto nutzt ist in den allermeisten Fällen darauf angewiesen oder gehört zu der sehr kleinen Gruppe von Menschen, die wirtschaftlich ohnehin so aufgestellt sind, dass keine Lenkungswirkung zu erwarten ist.

Der große Teil dürfte aber den zuerst genannten angehören und wird so unnötigen sozialen Härten ausgesetzt. Darüber hinaus gefährdet die Erhöhung der Parkgebühren funktionierende Einkaufsstraßen wie etwa die Hindenburgstraße in Lesum.

Gerade die Pandemiegeplagten Inhaber von kleinen Geschäften, die sich jetzt schon wieder neuen Herausforderungen durch Lockdowns in China, Lieferengpässe und dem Ukraine Konflikt gegenübersehen, sollten nun nicht noch durch den Bremer Senat Steine in den Weg gelegt bekommen.

Daher bittet er den Beirat, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Senatorin Dr. Maike Schaefer wird aufgefordert, für das Gebiet des Bremer Nordens das aktuell nur verschobene Vorhaben der Erhöhung der Gebühren für das Parken im öffentlichen Raum endgültig zu verwerfen.
2. Die Beiräte Vegesack und Blumenthal werden gebeten, Punkt 1 ebenfalls zu beschließen.

Herr Hornhues wendet ein, dass das nicht geht, weil „Bremer Norden“ formuliert wurde. Stattdessen muss Burglesum genannt werden.

Herr Heide hat eine andere Meinung, auch als seine Fraktion, er sieht einen leichten Widerspruch in der Begründung. Einerseits ist keine Lenkungswirkung zu erwarten, aber andererseits wird das Wegbleiben der Kundschaft befürchtet. Er kann den Antrag so nicht mittragen. Zumal es auch die sogenannte „Brötchentaste“ gibt. Er findet, der Nahverkehr in Burglesum sollte ausgebaut werden und nicht über Parkgebühren diskutiert werden.

Frau Wolter glaubt nicht an eine Lenkungswirkung. Sie ist gegen eine Parkgebührenerhöhung. Die Leute müssen die Möglichkeit haben, günstig zu Parken.

Herr Rühl findet, dass man auch an das Umland denken muss. Wenn die Gebühren erhöht werden, bleiben die Leute weg. Leute aus dem Umland kommen nicht mit ÖPNV. Wenn ÖPNV verbessert werden soll, dann bitte so, dass es funktioniert.

Frau Schnaubelt sagt, dass die Grünen mit Herrn Heide einer Meinung sind.

Herr Heide ist der Ansicht, dass die Leute in der Hindenburgstraße eher auf das Angebot der Geschäfte als auf Parkgebühren achten.

Herr Heereman ergänzt, dass die Begründung aus verschiedenen Perspektiven beschrieben hat. Er findet eine Preissteigerung nicht gerechtfertigt, die Stadt hat schließlich keine Mehrkosten aufgrund von Inflation bei den Parkplätzen.

Frau Punkenburg kann Herrn Heide nur beipflichten. In anderen Städten sind die Parkplätze auch bei höheren Preisen trotzdem belegt. Sie findet eine Erhöhung durchaus in Ordnung.

Herr Rühl fragt, was mit den Besuchern von Arztpraxen ist.

Frau Schnaubelt erinnert, dass die angesprochenen Parkplätze für Geschäftskunden und nicht für Arztpraxen sind.

Beschluss: (9 Ja-Stimmen, zwei Nein-Stimmen, eine Enthaltung)

Die Senatorin Dr. Maike Schaefer wird aufgefordert, für den Stadtteil Burglesum das aktuell nur verschobene Vorhaben der Erhöhung der Gebühren für das Parken im öffentlichen Raum endgültig zu verwerfen.

Die Beiräte Vegesack und Blumenthal werden gebeten, gleichlautende Beschlüsse zu fassen.

TOP 5: Mitteilungen des Ortsamtsleiters

Terminankündigungen:

- Sitzung des Ausschusses für Soziales, Kultur und Gesundheit am 05.07.2022
- Sitzung des Ausschusses für Kinder und Bildung am 11.07.2022; danach Sommerpause.
- Eröffnung Woldes Wiese am 15.07.22 um 13:00 Uhr am Raschenkampsweg
- Lesumer Dixielandtage vom 26. 08. -28.08.2022 am Lesumhafen.

Umbenennung Peenemünder Straße:

Eigentümer*innen und Bewohner*innen der jeweiligen Häuser sind Anfang Juni 22 vom Ortsamt angeschrieben und befragt worden, ob sie mit einer Umbenennung der Peenemünder Straße in Charlotte-Wolf-Allee einverstanden sind. Sie wurden gebeten, sich bis zum 15.06.2022 zurück zu Melden und bei Nichteinverständnis eine Begründung zu schreiben. Sie wurden informiert, dass bei Nichtzurückmeldung von einer Zustimmung ausgegangen wird. Es wurden insgesamt 2 Eigentümer*innen und 27 Anwohner*innen angeschrieben.

Auswertung:

2 Eigentümer*innen	Für Umbenennung
10 Anwohner*innen	Für Umbenennung
5 Anwohner*innen	Dagegen

11 Anwohner*innen Keine Rückmeldung
1 Anschreiben Konnte nicht zugestellt werden

Begründungen gegen eine Umbenennung im Original-Wortlaut

Bürger 1:

„27 Jahre da und Peenemünder Straße ist besser. Kein Interesse.“

Bürger 2:

„Die Peenemünder Straße gibt es seit 50 Jahren und dass soll auch so bleiben. Die Charlotte-Wolff-Allee hat nicht mit der Peenemünder Straße zu tun. Und dass soll auch so bleiben. Ganz abgesehen davon muss man die neue Adresse ändern, Ärzte und anderen Behörden und Freunden zukommen lassen.“

Bürger 3:

„Ich möchte nicht die Adresse auf den Ausweisen etc. ändern und das wäre zu anstrengend für uns. Beim Schulwechsel meiner Tochter wäre es auch unnötig, die Adresse noch mal zu ändern. Es wäre stressig und Zeit aufwendig.“

Bürger 4:

(keine Begründung abgegeben)

Bürger 5:

(keine Begründung abgegeben)

Hierzu hat der Sprecherausschuss des Beirats folgenden Beschluss gefasst:

Der Ausschuss nimmt Kenntnis und hält einstimmig einen weiteren Dialog mit dem Hinweis auf die vorherige Absprache (kein weiteres Verfahren, wenn eine Person dagegen ist) in dieser Sache für nicht erforderlich. Der Ausschuss spricht sich für den Erhalt des Straßennamens aus.

TOP 6: Mitteilungen des Beiratssprechers

Keine

TOP 7: Wünsche und Anregungen der Beiratsmitglieder in stadtteilbezogenen Angelegenheiten

7.1: **Herr Heereman** fragt wie die aktuelle Beschlusslage zu den Lesum-Wiesen ist.

7.2: **Herr Heereman** kritisiert die Suchfunktion auf der Homepage des Ortsamtes.

Herr Boehlke merkt an, dass das Ortsamt mit den technischen Parametern der Suchfunktion keinen Einfluss nehmen kann.

7.3: **Herr Rühl** teilt mit, dass die Linde in der Burgdammer Straße immer noch nicht

zurückgeschnitten wurde. Er erinnert zum wiederholten und letzten Male. Danach ist eine Untätigkeitsklage fällig.

7.4: Herr Rühl: Auf dem Radweg Hindenburgstraße Richtung Stadt London / Höhe Parzellegebiet fehlt ungefähr 1 qm der Bepflasterung. Der Zustand ist seit Wochen so und es gibt keinen Warnhinweis und auch keine Absperrung. Könnte bei Nichtbeachtung gefährlich sein.

7.5: Herr Müller teilt mit, dass am 05.07. der Ausschuss für Soziales und Kultur stattfindet. Er hat eine Beratung über die ärztliche Situation in Burglesum auf die Tagesordnung gesetzt. Die Arztpraxen, nicht nur in Marßel, weisen die Leute ab. Er möchte im Ausschuss diskutieren, wie die medizinische Versorgung in Burglesum aussieht. Dazu wurden die kassenärztliche Vereinigung und die Gesundheitssenatorin sowie die entsprechend zuständigen Herren und Damen eingeladen. Die kassenärztliche Vereinigung hat schon mal abgesagt. Er findet, dass es zu wenig Ärzte gibt und die Zuständigen nicht darüber reden wollen.

Herr Boehlke merkt hierzu an: Die KV hat nur für den Tag abgesagt. An einem anderen Tag ist die KV bereit zu einer Diskussion.

7.6: Herr Müller kündigt einen Antrag über 490 Euro für die Anschaffung von Tablets an, die für das Projekt „Digital im Alter“ benötigt werden

gez. Boehlke
Vorsitzender

gez. Hornhues
Beiratssprecher

gez. Regineri
Protokoll